

Pressemitteilung des Pflegerates Sachsen

www.pflegerat-sachsen.de

Dresden, 21.10.2022

Pflegerat Sachsen mahnt zu Kraftakt um Versorgung zu sichern

Anlässlich der 1. Lesung des Krankenhauspflegeentlastungsgesetzes im deutschen Bundestag mahnt der Pflegerat Sachsen zur Eile bei Reformen der pflegerischen Versorgung. Er fordert einen Kraftakt zur Sicherung der pflegerischen Versorgung, auch auf Landesebene.

Das gestern im Bundestag beratene Krankenhauspflegeentlastungsgesetz ist aus Sicht des Pflegerates deutlich verbesserungswürdig. Beruflich Pflegende warten auf die lange versprochene Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wird die Chance dieses Gesetzes vertan, wird dies zu einer großen Ernüchterung in der Berufsgruppe führen und die angespannte Versorgungssituation weiter verschärfen. Der Deutsche Bundestag muss sicherstellen, dass ein Verfahren zur Personalbedarfsermittlung eingeführt wird, welches den Pflegebedarf der Patienten valide ermittelt und dafür benötigte Personalausstattung zuverlässig finanziert. Das Pflegende in Krankenhäusern dauerhaft notwendige Leistungen für Patienten nicht erbringen können, ist nicht länger hinnehmbar. Die Belastung der beruflich Pflegenden in Krankenhäusern ist so hoch wie nie zuvor, Auf Bundesebene erwarten wir, dass den Ankündigungen zur geplanten Entlastung von beruflich Pflegenden spürbare Taten folgen. Aktuell nehmen wir leider das Gegenteil wahr.

Auf Landesebene haben wir bereits vor 1 Jahr vor einer Gefährdung der pflegerischen Versorgung im Freistaat gewarnt, sollten keine Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Heute sehen wir uns in der damaligen Einschätzung bestätigt. Wir nehmen eine immer stärkere Einschränkung der pflegerischen Versorgung in Pflegeheimen, ambulanten Diensten und Kurzzeitpflegen aufgrund von nicht besetzten Stellen wahr. Dies führt zu einer immer größeren Belastung für Krankenhäuser, welche Patienten immer schlechter in eine Anschlussversorgung entlassen können. Wir sehen die Notwendigkeit für eine grundlegende Veränderung der Gesundheitsversorgung in Deutschland bei der Pflegende endlich entsprechend ihrer Kompetenzen eingesetzt werden müssen und als gleichberechtigte Partner in der Selbstverwaltung akzeptiert werden müssen. Als Schlüssel sehen wir die Neuverteilung von Aufgaben, eine konsequente Digitalisierung, die Nutzung pflegerischer Primärversorgung in ländlichen Regionen und die Einführung einer pflegerischen Selbstverwaltung.

Der Pflegerat Sachsen vertritt die beruflich Pflegenden im Freistaat Sachsen.

Im Pflegerat Sachsen sind alle wesentlichen Berufsverbände der Pflege aus Sachsen zusammengeschlossen und treten geschlossen gegenüber Politik, Kostenträgern und Selbstverwaltung auf.

Mitgliedsverbände:

Berufsverband Heil- und Pflegeberufe e. V.

Berufsverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS).

Bundesverband Pflegemanagement e. V.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK)

Deutscher Pflegeverband (DPV)

Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e. V. (DGF)

Katholischer Pflegeverband e. V.

Vereinigung der Hygiene-Fachkräfte der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e. V.

Berufsverband der Kinderkrankenpflege e.V. (BeKD)

Deutsche Fachgesellschaft für Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP)

Aber auch auf Ebene der Bundesländer muss es zu schnellen Veränderungen kommen um die pflegerische Versorgung sichern zu können. Als Pflegerat Sachsen schlagen wir auf Landesebene, ergänzend zu den Bemühungen auf Bundesebene, folgende Maßnahmen vor, die sofort umgesetzt werden müssen um die Versorgung stabilisieren zu können:

1. Umsetzung eines Programms für Berufsrückkehrer in der Pflege
2. Einsetzung eines Pflegebevollmächtigten der Staatsregierung
3. Ausbau von Pflegestudiengängen
4. Gründung einer sächsischen Pflegekammer
5. Umsetzung von Modellprojekten zur pflegerischen Primärversorgung

Wir sehen die Versorgung im Freistaat Sachsen ohne einen wirklichen Kraftakt, welcher Pflegenden spürbar den Willen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zeigt, akut gefährdet.

